

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 39 | 25. Oktober 2019



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

manchmal behält man ja lieber nicht Recht. Mir ging das so nach meinem Text zum Brexit, den ich in der letzten BerlinInfo geschrieben hatte. Es kam, wie befürchtet, alles wieder ganz anders. Ein Drama mit so vielen Akten habe ich auch schon länger nicht mehr erlebt. Das Thema wird uns wohl noch weitere Wochen beschäftigen – und die ersten Analysten weisen bereits darauf hin, dass selbst nach einem Austrittsvertrag zwischen der EU und Großbritannien die Sache noch lange nicht ausgestanden ist. Denn dann müssen beide Seiten einen Handelsvertrag ausarbeiten. Das könnte fast noch schwieriger werden als der Austrittsvertrag und muss in kurzer Zeit erledigt werden, weil sonst Ende 2020 erneut ein Szenario eintreten könnte, in dem der Handel zwischen beiden Seiten in einen vertragslosen Zustand übergeht. Das würde einem Brexit ohne Deal dann schon wieder nahe kommen...

Ein schwieriges Szenario im Inland könnte uns dagegen nach der Landtagswahl in Thüringen an diesem Sonntag erwarten. Die Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass Linkspartei und AfD dort gemeinsam über 50% der Mandate im Landtag erobern könnten. Damit wäre nach bisheriger Lesart keine Mehrheit für eine Regierungskoalition möglich. Eine Eigenheit der Thüringer Landesverfassung würde es dem amtierenden Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow von der Linkspartei, dann sogar ermöglichen, bis zu fünf Jahre ohne parlamentarische Mehrheit weiter zu regieren. Die aktuelle rot-rot-grüne Koalition in Erfurt hat für dieses Szenario auch schon vorgebaut und, entgegen aller Gepflogenheiten, gleich einen Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 mit ihrer bisherigen Parlamentsmehrheit verabschiedet.

Sollte dieses Szenario eintreten, möchte ich nicht in der Haut meiner Parteikollegen in Thüringen stecken. Die hätten dann die Wahl zwischen einer ganzen Reihe gleichsam unattraktiver Möglichkeiten. Aber sie werden bis zum Sonntag dafür kämpfen, dass doch noch eine Mehrheit für eine Regierung jenseits extremer Parteien zu Stande kommt. Wer hätte vor einiger Zeit gedacht, dass eine Koalition aus CDU, SPD, Grünen und FDP wie das geringste Übel aussehen könnte? Der Wahlabend wird also spannend werden. Dass das auch Einfluss auf die Zukunft der Großen Koalition in Berlin haben könnte, ist kein ganz abwegiger Gedanke. Genauso wie die Veröffentlichung des SPD Mitgliedervotums zum Parteivorsitz morgen. Obwohl es da eher wie beim Brexit ist: wahrscheinlich wird es da noch eine Stichwahl geben und somit eine Verlängerung.

Ihre Mechthild Heil

Meinungsfreiheit

Zwei Nachrichten in dieser Woche haben aufhorchen lassen. In Göttingen wird der langjährige Innen-, Verteidigungs- und Kanzleramtsminister Thomas de Maizière daran gehindert, im Rahmen des Göttinger Literaturherbstes eine Lesung aus seinem Buch „Regieren“ im Ratskeller durchzuführen. Und in Hamburg wird der Mitgründer der AfD und Volkswirtschaftslehreprofessor Bernd Lucke in der zweiten Woche in Folge daran gehindert, nach seiner Rückkehr in den Universitätsdienst eine Vorlesung zu halten. In Göttingen gehen die Störungen von „Fridays for Future“ Aktivisten und der „Basisdemokratischen Linken“ aus. Dabei werden auch zahlende Gäste der Lesung bedrängt. In Hamburg hat die Universität in der zweiten Vorlesungswoche sogar einen Sicherheitsdienst engagiert, der jedoch von den „Antifa“ Aktivisten überwunden wird, die daraufhin die Vorlesung, die eine Pflichtveranstaltung für viele Studenten ist, sprengen und damit den Lehrbetrieb unmöglich machen.

Gemeinsam ist beiden Fällen, dass hier demokratischer und bürgerschaftlicher Dialog durch radikale Minderheiten verhindert wird. Das ist für mich in einem freien, demokratischen Gemeinwesen völlig inakzeptabel. Dabei ist es zunächst einmal auch unerheblich, dass meine Sympathien gegenüber Thomas de Maizière, den ich kenne und schätze, wesentlich ausgeprägter sind



als gegenüber Bernd Lucke. JEDER in Deutschland muss ungehindert seine Meinung äußern und mit anderen diskutieren können, solange diese Äußerungen sich innerhalb des verfassungs- und strafrechtlich erlaubten Rahmens bewegen, was bei Beiden der Fall ist. Universitäten und politische Vertreter sind sogar ganz besonders aufgefordert, diesen Diskurs zu führen und einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

Es gehört zum Erkenntnisgewinn und zur Meinungsfindung dazu, sich auch und gerade mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen, ihre Argumente zu hören und ggf. zu widersprechen. Mit Betonung auf „sprechen“, was das Gegenteil von blockieren und niederbrüllen ist.

Ich habe bereits in der Vergangenheit davor gewarnt, dass es ein erhebliches Problem für unser Land darstellt, wenn andere demokratische Meinungen nicht mehr als andere Meinungen akzeptiert werden, sondern als „abwegig“ oder schlimmer eingestuft werden. Mit der Folge, dass offenbar einige Mitbürger das Recht daraus ziehen wollen, diesen Positionen mit jeder Form von Rücksichtslosigkeiten oder sogar Straftaten begegnen zu dürfen. Das findet mittlerweile verstärkt nicht nur im Internet statt, sondern auch in der realen Welt. So wurden in dieser Woche beispielsweise auch bei mehreren Wahlkreisbüros der CDU in Berlin die Scheiben zerstört. Der Rechtsstaat, die wehrhafte Demokratie, wir alle müssen dieser aggressiven Einengung des Meinungsspektrums vehement entgegenreten - und zwar sowohl solchen Versuchen die von Links, als auch solchen die von Rechts kommen. Das gilt für die Vertreter des gesamten demokratischen Spektrums. Für klammheimliche Freude, wenn es gerade „die Anderen“ trifft, darf kein Platz sein.

Foto: DPA

Termin bei der KfW

Die KfW, wer kennt sie nicht?! Egal ob Baukindergeld, Kredite und Zuschüsse rund ums Bauen, energieeffizientes Sanieren, altersgerechtes Umbauen oder Wohneigentumsprogramm: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau mischt bei den Themen der Zukunft mit. Am Montag habe ich in Bonn die Niederlassung der KfW besucht und Gespräche geführt.

Übrigens: Im Wahl-

kreis Ahrweiler wurden allein zwischen September 2018 und Juni 2019 schon 565 Zusagen für das Baukindergeld erteilt.



Zukunftsbankett der Klima-Allianz



Beim Zukunftsbankett der Klima-Allianz Deutschland im Berliner Naturkundemuseum sprachen am Dienstagabend rund 100 Spitzenvertreter der Zivilgesellschaft und der Parteien über die Zukunft der Klimapolitik. Als Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der kfd habe auch ich an dieser Diskussionsveranstaltung teilgenommen. Sehr spannend war die Diskussion mit den Vertretern der politischen Jugendorganisationen, wie sie mit Blick auf die Generationengerechtigkeit das kürzlich beschlossene Klimapaket der Bundesregierung bewerten und welche Rolle die Parteien künftig beim Klimaschutz spielen wollen. Für uns als Union ist klar: Vernünftiger Klimaschutz kann nur im Dreiklang von sozialer, ökonomischer und eben ökologischer Gerechtigkeit gelingen und zu einem deutschen und europäischen Vorzeigeprojekt werden. Radikale Parolen in die eine oder die andere Richtung halten uns nur dabei auf, die besten Lösungen für die Zukunft zu finden.

Treffen mit der DGfM und dem BVKS

Die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V. (DGfM) hat mich im Namen des Bundesverbandes der Kalksandsteinindustrie e. V. (BVKS) in meiner Funktion als Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zu einem Gedankenaustausch über das Thema „Aktuelle Herausforderungen im Wohnungsbau“ eingeladen.



Dabei ging es unter anderem um die Umsetzung der Ziele des Wohngipfels 2018. Bei den Themen Wohnungsbauprämie und Novelle des Baugesetzbuches sind wir in der letzten Zeit erheblich vorangekommen. Probleme gibt es immer noch in der Umsetzung mit den Ländern, vor allem in Bezug auf die Bauordnungen oder die Grunderwerbssteuer. Über das Thema Klimaschutz haben wir natürlich ebenfalls diskutiert. Hier wollen wir die Regeln für Neubauten nicht weiter verschärfen, damit Bauen nicht unattraktiv wird. Das große CO₂-Einsparpotenzial liegt sowieso beim Bestand. Hier wollen wir durch Förderprogramme (beispielsweise der kfw) und Steuererleichterungen Anreize setzen und so unsere selbstgesteckten Ziele erreichen. Am Ende des Gesprächs stand fest: Wir werden weiter Kontakt halten und die Verbindung zu den Praktikern, die unsere gesetzlichen Vorhaben am Ende umsetzen müssen, pflegen.

Gespräch mit Fabian Schrumpf MdL

Am Donnerstagvormittag besuchte mich der Sprecher für Bauen und Wohnen der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Fabian Schrumpf, in meinem Berliner Büro. Wir haben über die sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen im Wohnbereich, vor allem in



Hinblick auf die Bezahlbarkeit von Wohnraum, gesprochen. Auch ging es um die Herausforderungen im Zusammenspiel von Bund und Ländern. Seit es in Nordrhein-Westfalen wieder eine CDU-geführte Landesregierung gibt, wurden viele angestaute Probleme angepackt. Meiner Meinung nach wäre das ein gutes Vorbild für Rheinland-Pfalz!

Schülergruppe

Am Donnerstagnachmittag besuchte mich eine Schülergruppe der Integrierten Gesamtschule Maifeld in Polch. Gemeinsam diskutierten wir nicht nur über die Herausforderungen in der Bildungs- und Schulpolitik. Auch das Klima stand selbstverständlich auf der Tagesordnung. Das Interesse der Jugendlichen war groß und auch der Ideenreichtum beachtlich. Ich denke, dass wir wieder stärker auf die Jugend hören und ihre Ideen in unsere Überlegungen einbeziehen sollten. Die Gruppe aus Polch hat mir wieder gezeigt, dass das Gerede von der „unpolitischen Jugend“ aufhören muss und wir unsere Kinder und Enkel stärker in die Debatte einbeziehen müssen.



Abendessen mit der Bundeskanzlerin

Ein besonderer Termin erwartete mich am Donnerstagabend. Mit dem Vorstand des Parlamentarischen Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag besuchte ich die Bundeskanzlerin im Kanzleramt zu einem Abendessen. Am Rande dieses Termins sprachen wir mit der Bundeskanzlerin über die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne der Bürger und unserer Unternehmer.

